

Jacqueline Fehrs «Enthüllung» irritiert

Die Justizdirektorin kritisiert öffentlich die Art, wie im Kanton Zürich die Regierungsdirektionen vergeben werden

Als unwürdig bezeichnet Jacqueline Fehr (sp.) die Umstände der Ämtervergabe in der Zürcher Regierung. Einen Antrag, diese zu ändern, hat sie im Regierungsrat allerdings nicht gestellt. Das sorgt für Kopfschütteln.

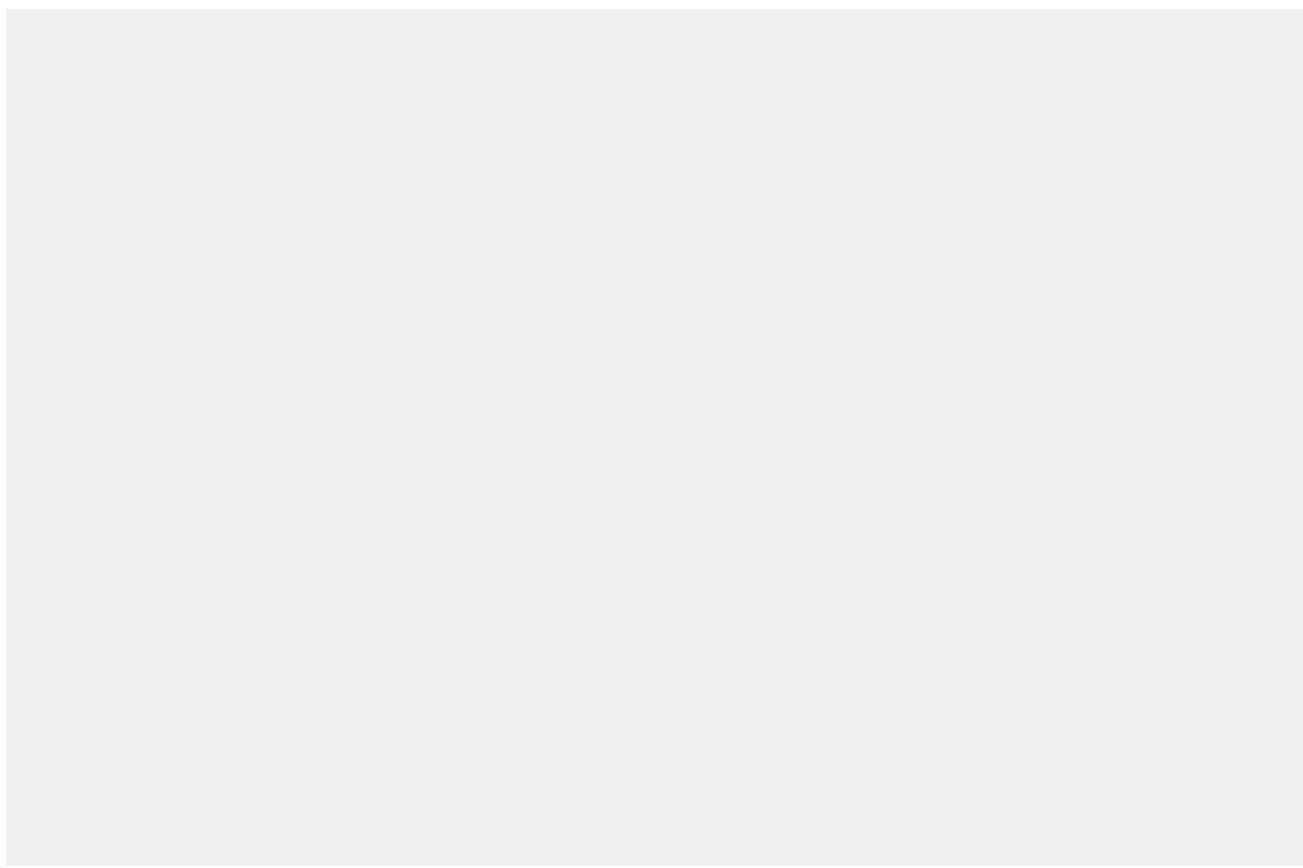
LINDA KOPONEN, MICHAEL VON LEDEBUR

Als Theater hat Regierungsrätin Jacqueline Fehr (sp.) die Umstände der Direktionsvergabe in der Zürcher Regierung bezeichnet. Der Öffentlichkeit werde vorgegaukelt, es werde erst unmittelbar vor der Konstituierung bestimmt, wer welche Direktion übernehme. In Tat und Wahrheit würden bereits in der ersten Sitzung kurz nach dem Wahlgang Nägel mit Köpfen gemacht. Entsprechende Aussagen machte Fehr in einer verwaltungs-internen Kolumne; sie bekräftigte sie in einem Interview, das sie dem «Tages-Anzeiger» gab. Das Vorgehen dürfte manche ihrer Kolleginnen und Kollegen im Regierungsrat irritieren. Nicht wegen des Inhalts von Fehrs Kritik, sondern wegen des Weges, den sie gewählt hat.

Fehr hat im Regierungsrat keinen Antrag gestellt, das Prozedere abzuändern – weder vor noch nach dem Wahlgang im März. Dies bestätigt sie auf Anfrage. Fehr sagt aber, sie habe die Diskussion in der vergangenen Legislatur mehrfach an Sitzungen lanciert – ohne Ergebnis. Nun hat sie den Weg über die Öffentlichkeit gewählt. «Meine Methode mag provozieren, aber das gehört zur Politik.» Dass die verwaltungsinterne Kolumne, in der Fehr sich über die Ämtervergabe auslässt, just am selben Tag wie das Interview des «Tages-Anzeigers» publiziert wurde, sei jedoch Zufall. Von einem abgekarteten Spiel will Fehr nichts wissen. Der Regierungsrat gibt derzeit offiziell keine Auskunft. Das Thema sei in der Sitzung vom Mittwoch jedoch traktandiert, sagt Sprecher Andreas Melchior.

Nicht die feine Art

Kantonspolitiker hingegen äussern sich sehr wohl. FDP-Präsident Hans-Jakob Boesch macht kein Hehl aus seinem Ärger über Fehrs Vorgehen. Es sei nicht die feine Art, Themen durch die Hintertür aufzubringen. «Jacqueline Fehr erscheint nicht unbedingt als Teamplayerin.» Fehr



Der Regierungsrat auf dem Gruppenbild: Kathrin Arioli (Staatschreiberin), Natalie Rickli, Mario Fehr, Silvia Steiner, Carmen Walker Späh, Ernst Stocker, Jacqueline Fehr, Martin Neukom (von links nach rechts).

ANDRÉ SPRINGER

dramatisiere die heutige Praxis in ihren Ausführungen nicht nur unnötig; Boesch stört sich auch daran, dass Fehr das Thema erst nach der Ämterverteilung zur Sprache bringt, statt es vorher im Rahmen der üblichen Prozesse zu adressieren. «So war es gar nie möglich, etwas zu ändern.»

Trifft Fehrs Behauptung zu und wurden die Direktionen unmittelbar nach dem Wahlgang am 24. März vergeben und nicht erst vor der Konstituierung am 6. Mai, gehört Boesch zu den Gelackmeierten. Denn Boesch hatte sich hinter den Kulissen dafür eingesetzt, dass die bürgerliche Mehrheit im Regierungsrat die Übernahme der wichtigen Baudirektion durch den Grünen Martin Neukom verhindere – bekanntlich ohne Erfolg. Getäuscht sieht er sich dennoch nur bedingt. «Mir war klar, dass ich mich möglichst rasch nach der Wahl einbringen muss, und das habe ich auch getan», sagt Boesch, «im Wissen darum, dass mein Einfluss nicht unermesslich gross ist.»

Das Erstaunen über Fehrs «Enthüllung» hält sich bei den Fraktionsspitzen in Grenzen. Der naiven Annahme, die Ämter würden in der zehnmütigen Sitzung am Tag der Konstituierung verteilt, ist kaum jemand erlegen. «Man hat aus gewissen Äusserungen von Regierungsräten schliessen können, dass die Vergabe eine gewisse Verbindlichkeit erreicht hat», sagt FDP-Fraktionspräsidentin Beatrix Frey-Eigenmann. Dass die Vergabe unmittelbar nach der Wahl erfolgt sei, erstaune schon ein wenig. Klar war also, dass die Würfel wohl gefallen waren – nicht aber, wie das Resultat aussehen würde. Denn am Tag der Konstituierung war in den Reihen der FDP-Fraktion echter Unmut darüber zu spüren, dass Martin Neukom Baudirektor werden würde.

«Signale und Hinweise»

SP-Fraktionschef Markus Späth spricht seinerseits von «indirekten Signalen und Hinweisen», die er aus dem Regierungs-

rat erhalten habe. Er betont aber, das Geheimnis um die Vergabe sei auch von den Sozialdemokraten gewahrt worden. Späth teilt die Kritik am Vorgehen von Jacqueline Fehr nicht, im Gegenteil: Er findet das Vorgehen seiner Parteikollegin mutig. Die Geheimniskrämerei um die Amtsübergabe beurteilt er wie sie als unwürdiges Spiel.

In der Sache herrscht über die Parteigrenzen weitgehend Einigkeit: Fehrs Kritik am heutigen Ablauf ist im Grundsatz berechtigt. «Niemand sollte Theater spielen müssen», sagt Beatrix Frey-Eigenmann. Zwischen Entscheid und Kommunikation sollte ein möglichst kurzer Zeitraum liegen. Fehr hatte in dem Interview erzählt, wie sie vor ihrem Antritt als Justizdirektorin ihren Vorgänger Martin Graf diskret bei ihm zu Hause in Effretikon besucht habe. Diese Art von Gesprächen sei allerdings oberflächlich und das Vorgehen somit letztlich unprofessionell. Fehr hat im Interview zudem eine Episode über Ernst Stocker zum Besten ge-

geben: Dieser habe vor seinem Wechsel in die Finanzdirektion vor vier Jahren sein Büro in der Volkswirtschaftsdirektion so hinterlassen, dass man den Eindruck haben musste, er würde am Montag an alter Wirkungsstätte weiterarbeiten.

Der Justizdirektorin schwebt vor, dass die Vergabe zehn Tage nach den Wahlen stattfindet, dass man den Entscheid kommuniziert und dass die neuen Direktorinnen und Direktoren vier bis fünf Wochen Zeit haben, sich einzuarbeiten. Den zweiten Teil dieses Plans hält Frey-Eigenmann für problematisch. «Es kann nicht sein, dass der neue Amtsvorsteher während Wochen vollumfänglichen Zugriff auf die Schlüsselpersonen hat. Sonst geraten diese womöglich in einen Loyalitätskonflikt.» Dies sei beispielsweise dann der Fall, wenn ein Amtsinhaber ein Geschäft noch abschliessen möchte, sein Nachfolger aber ein Interesse daran habe, dass es auf die lange Bank geschoben werde. «Eine Schattenregierung ist auf jeden Fall nicht sinnvoll.»

Mehrwöchige Einarbeitungsfrist

SVP-Fraktionspräsident Martin Hübscher teilt diese Bedenken. Es sorge nur für Unruhe, wenn zeitgleich zwei Regierungsräte die gleichen Dossiers bewirtschafteten. Eine mehrwöchige Einarbeitungsfrist sieht er kritisch, zumal die Regierungsräte erst nach der Vereidigung im Kantonsrat offiziell gewählt seien. Davor könnten sie ohnehin keine Sitzungen leiten. Die Frist zwischen den Wahlen und dem Amtsantritt sei kurz. Und niemand erwarte, dass die neu anretrenden Regierungsräte bereits am ersten Tag im Amt dossierfest seien.

Grüne-Fraktionspräsidentin Esther Guyer sieht dies lockerer. «Ich traue den Leuten zu, dass sie eine solche Situation sinnvoll handhaben können. So vernünftig sollte man doch sein, wenn man Regierungsrat ist.» Das gegenwärtige «Theater» gelte es auf jeden Fall zu beenden. «Ich verstehe nicht, weshalb man nicht schon längst eine Änderung an die Hand genommen hat.» Rechtlich sind die Fesseln nicht besonders eng. Zwar ist nicht daran zu rütteln, dass die Konstituierung Wochen nach dem Wahltag stattfindet – gegenwärtig sind es fünf, mit dem neuen Kantonsratsgesetz ab 2020 zwischen sieben und elf Wochen. Nichts würde die sieben Regierungsräte allerdings daran hindern, die Direktionsvergabe bereits vorher festzulegen – und zu verkünden.

Ein männerfeindliches Plakat löst Kritik aus

Mit dem Aufruf, den Mann in sich zu töten, wurde bei der Kalkbreite-Siedlung für den Frauenstreik mobilisiert

ANDRÉ MÜLLER

«Den Mann in sich töten»: Mit diesem Spruch hat am Auffahrtswochenende ein Transparent bei der Zürcher Genossenschaft Kalkbreite für den Frauenstreik am 14. Juni geworben. Der Schriftsteller und Musiker Jürg Halter veröffentlichte vergangenen Freitag ein Bild davon auf Facebook und Twitter und verfasste jeweils ein kritisches Statement dazu. «Was denkt wohl eine mit einem Jungen schwangere Frau, wenn sie das so liest?», schrieb er.

Nebst der Botschaft an sich kritisierte Halter insbesondere, dass das Transparent beim Spielplatz der Genossenschaftssiedlung angebracht wurde. Was ein Bub davon halten solle, der mit seinem Vater gerade diesen Spielplatz besuche, fragte der Schriftsteller. «Wenn fundamentalistische Feministinnen den Frauenstreik für ihren Männerhass missbrauchen, stehen sie frauenhassenden Männern offenbar in nichts nach.»

Genossenschaft distanziert sich

Laut Aline Diggelmann, der Sprecherin der Genossenschaft Kalkbreite, ist das Transparent inzwischen wieder abgehängt worden. Wer es aufgehängt und

wieder entfernt habe, wisse man nicht. Es handle sich auf jeden Fall nicht um ein offizielles Statement der Genossenschaft.

Der Gemeinrat – so bezeichnet sich die monatliche Versammlung der Kalkbreite-Bewohnerinnen und -Bewohner – werde über das Plakat und dessen Botschaft am Mittwoch diskutieren. Diese habe unter der Bewohnerschaft übers Wochenende bereits für einige Diskussionen gesorgt. Debattiert werden solle



«Feministinnen missbrauchen den Frauenstreik für ihren Männerhass.»

Jürg Halter
Schriftsteller

dabei unter anderem auch, ob für den öffentlichen Raum andere Regeln gelten würden als für den privaten Raum, zum Beispiel wenn jemand ein Plakat an seinem Balkon aufhängt.

Aline Diggelmann hält fest, dass der Verwaltung die Gleichstellung unterschiedlicher Geschlechterrollen sehr wichtig sei und grosser Wert darauf ge-

legt werde, diese zu respektieren. In diesem Sinne widerspreche das Plakat der Ethik der Genossenschaft. Sie begrüsse aber sehr, dass die Gemeinschaft der Bewohnerinnen und Bewohner eine Debatte zum Transparent führe. Eine Richtlinie, welche Aussagen im öffentlichen Raum der Kalkbreite-Siedlung zulässig seien und welche nicht, existiere nicht. Falls im Gemeinrat ein solcher Auftrag an die Genossenschaft formuliert werde, komme die Verwaltung diesem natürlich nach. Im Falle von menschenunwürdigen, rassistischen oder gesetzeswidrigen Aussagen interveniere die Verwaltung aber auch ohne Richtlinien.

Gegenüber dem «Blick» sagt Salome Schärer vom Frauenstreik-Kollektiv, dass sie die Aussage weniger problematisch finde. Die provokative Botschaft habe genau das erreicht, was sie wahrscheinlich erreichen wollte, «nämlich anecken und Debatten anregen darüber, was die akzeptierten Normen in der Gesellschaft sein sollen». Halter reagiert auf Facebook prompt: «Das ist schon sehr bedenkenswert und zeigt eben auch auf, dass ein solches Denken leider in gewissen Kreisen kein Einzelfall ist.» Hass sei nie zu rechtfertigen, auch nicht als «Provokation».

In den Kommentaren zu Jürg Halters Post hat sich in den vergangenen Tagen

eine lebhafte Diskussion zur Aussage des Plakats entwickelt. Viele Kommentatorinnen und Kommentatoren stellen sich dabei auf Halters Seite. Einzelne bemängeln jedoch, dass sich nun wieder ein Mann ins Zentrum der Diskussion rund um den Frauenstreik dränge.

Viele positive Botschaften

Mehrere Männer und Frauen kritisieren, dass Halter sich nur zu negativen Beispielen rund um den Frauenstreik äussere, anstatt die vielen kreativen und positiven Botschaften zu erwähnen. Halter antwortet darauf, dass er den Streik sehr wohl unterstütze und sich bereits mehrfach öffentlich gegen Frauenhass geäussert habe. Er schreibt auf Facebook: «Man sollte sich von kleinen, radikalisierten Gruppierungen nicht davon ablenken lassen, worum es vor allem geht: die Gleichberechtigung von Frau und Mann.»

Die Aussage sei nicht wörtlich zu verstehen, sagt ein weiterer (männlicher) Kommentator auf Twitter; eine Woche nach Veröffentlichung einer Amnesty-Studie, die bestätige, dass die Hälfte aller Frauen weltweit schon einmal sexuell belästigt worden sei, wolle er diesen «Mann» in sich auf jeden Fall töten.

Täter polizeilich bekannt

Strafanzeige wenige Wochen vor Geiselnahme in Zürich eingereicht

Ikp. · Die Ermittlungen bringen neue Erkenntnisse zur Geiselnahme in Zürich Wiedikon vom letzten Freitag: Laut dem «Blick» hatte der mutmassliche Täter seine Ex-Freundin, die er bei der Tat tötete, bereits Wochen zuvor terrorisiert. Die Staatsanwaltschaft bestätigt die Meldung auf Anfrage. Die 34-jährige Frau hatte Mitte April bei der Stadtpolizei eine Strafanzeige gegen den 60-jährigen Mann eingereicht. Er soll sie bedroht und genötigt haben, ihrem Vorgesetzten gegenüber rufschädigende Aussagen über sie gemacht und ihrem Bruder Nachrichten mit ehrverletzendem Inhalt gesendet haben. Die Stadtpolizei hatte im April Einvernahmen durchgeführt. Weil Drohungen im Raum standen, wurden Schutzmassnahmen geprüft. Auf diese wurde jedoch verzichtet – auf Wunsch des Opfers. Gegenüber der Polizei habe sich der Mann reuig gezeigt. Die Staatsanwaltschaft geht derzeit von einem Beziehungsdelikt aus. Der 60-Jährige und seine Ex-Freundin wohnten während mehrerer Jahre in einem gemeinsamen Haushalt. Laut der Staatsanwaltschaft lebte das Paar aber seit Ende März getrennt. Die 34-Jährige wohnte bei ihrer 38-jährigen Arbeitskollegin am Döltschweg.